

Wilke, Sabine; Lippelt, Jana

Article

Kurz zum Klima: Der Fluch der Ressourcen in Afrika

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Wilke, Sabine; Lippelt, Jana (2011) : Kurz zum Klima: Der Fluch der Ressourcen in Afrika, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 64, Iss. 05, pp. 47-49

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/164929>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Rohstoffpreise klettern auf immer neuere Höhen, Medien berichten gar von einer »Explosion der Rohstoffpreise« (*Handelsblatt*, 11. Januar 2011) und erzählen »das Märchen von den ewig steigenden Rohstoffpreisen. [...] Seit Jahren hält bei Bodenschätzen der Trend nach oben an.« (*Welt am Sonntag*, 16. Januar 2011). Für rohstoffreiche Länder sollten es momentan rosige Zeiten sein – schließlich haben sie genau das, was die ganze Welt will. Und dennoch hört man aus Ländern wie Angola, Nigeria oder Simbabwe wenig von wirtschaftlicher Prosperität. Im Gegenteil; Es herrscht extreme Armut, hohe Arbeitslosigkeit, Gewalt, Korruption und Miswirtschaft. Ökonomen, die sich mit diesem Phänomen auseinandersetzen, prägen die Begriffe »Resource Curse« oder »Paradox of Plenty«, die bereits darauf hinweisen, dass die Autoren von der Existenz negativer Effekte durch Ressourcenreichtum ausgehen. Doch besteht tatsächlich eine Kausalität? Oder ist sie nur der Fehlschluss einer signifikanten Korrelation?

Ökonomische Determinanten

Der wohl bekannteste Grund für eine schlechte wirtschaftliche Performance trotz Ressourcenreichtum ist die sogenannte Dutch Disease, ein Wirkungsmechanismus, der erstmals in den Niederlanden beobachtet wurde: Nach der Erschließung größerer Erdgasfunde verzeichneten die Exporte des Landes deutliche Rückgänge. Die Gründe dafür liegen in zwei parallel verlaufenden Wirkungsketten: Erstens erhöht das durch die Rohstoffexporte einfließende Kapital die Kaufkraft im Inland und führt so zu einem Anstieg des Preisniveaus, wodurch die inländischen Produkte auf dem Weltmarkt an Wettbewerbsfähigkeit verlieren (vgl. Bulte und Damania 2008). Gleichzeitig sinkt die Nachfrage nach inländischen Produkten, da importierte Produkte vergleichsweise günstiger erhältlich sind. Der sekundäre Sektor (Produzierendes Gewerbe wie Industrie und Handwerk) schrumpft, und ein verringertes Wirtschaftswachstum ist die logische Konsequenz. Zweitens führen die erhöhte Nachfrage nach inländischer Währung von Rohstoffkäufern aus dem Ausland und die Konvertierung der Devisen aus Exporterlösen in die inländische Währung zu einer Aufwertung der Inlandswährung; der reale Wechselkurs (in Mengennotierung) steigt. Dies erschwert die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produzenten auf dem Weltmarkt weiter und verstärkt damit die Kontraktion des sekundären Sektors. Im schlimmsten Fall folgen so viele Insolvenzen heimischer Unternehmen, dass sich die Diversifikation der Volkswirtschaft signifikant verringert, die Industrie vollständig ins Ausland abwandert und allein Unternehmen des primären (Urproduktion wie Fischerei, Land- und Forstwirtschaft etc.) und tertiären (Dienstleistungen) Sektors zurückbleiben.

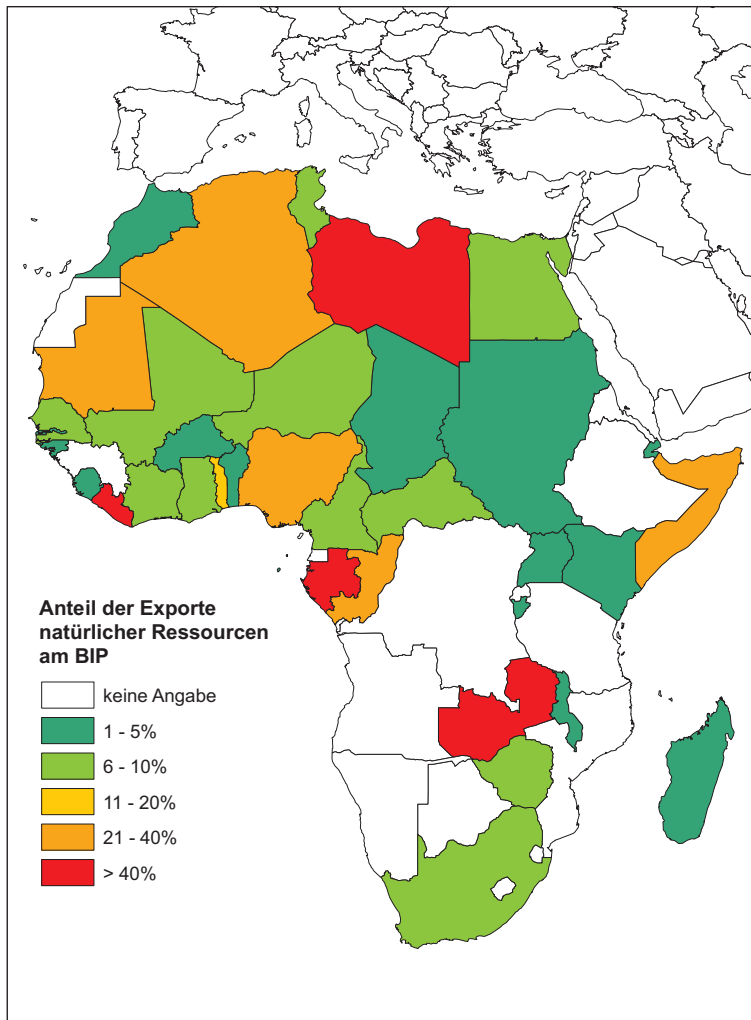
Neben der Dutch Disease gefährdet zusätzlich das Crowding out die Diversifikation einer Volkswirtschaft. Denn knappe

Produktionsfaktoren, allen voran Arbeitskräfte, werden von dem prosperierenden primären Sektor zum Abbau der Ressourcen beansprucht. In dieser gewinnbringenden Branche sind die Unternehmen in der Lage, mit höheren Löhnen die nötigen Anreize für die Arbeitskräfte zu setzen. Die Industrie eines Landes wird aufgrund des entstehenden Produktionsfaktoren Mangels regelrecht aus dem inländischen Markt hinausgedrängt. Die Karte bestätigt dies und zeigt, wie abhängig die rohstoffreichen Länder oftmals von ihren Bodenschätzen sind (vgl. Abb. 1): Bei dem Ölexporteur Libyen, bei Sambia, dessen Copperbelt das bedeutendste Kupferabbaugebiet Afrikas darstellt, oder bei Gabun, ein Land, das trotz seiner geringen Fläche zu den größten Tropenholzexporteuren der Welt zählt, stellen die Rohstoffexporteure sogar einen Anteil von mehr als 40% des BIP. Besonders problematisch am Crowding out ist, dass der Verlust an Diversifikation das Wirtschaftswachstum langfristig schmälert. Denn auch wenn die Ressourcen eines Tages erschöpft sind und die Branche etliche Arbeitskräfte freigibt, kommen die abgewanderten industriellen Unternehmen schließlich nicht zurück; Economies of Scale und Lerneffekte haben inzwischen dazu geführt, dass die ausländische Industrie einen komparativen Konkurrenzvorteil entwickeln konnte.

Die Volatilität der Weltmarktpreise für Rohstoffe, verursacht durch Angebots- oder Nachfrageschocks oder durch Spekulationen an der Rohstoffbörse, ist eine weitere Erklärung für den »Fluch der Ressourcen«. Die oft starken und kurzfristig möglichen Preisfluktuationen von Öl, Gas, Mineralien, Metallen oder auch Agrarprodukten auf dem Weltmarkt haben eine hohe Volatilität der Erlöse aus den Rohstoffexporten für das entsprechende Land zur Folge. Der Staat kann somit nicht mit Einnahmen einer bestimmten Höhe rechnen; eine nachhaltige, kluge Fiskalpolitik ist deshalb schwer möglich. Stevens (2003) befürchtet eine Art »Stop-and-go«-Ausgabenpolitik, welche Unsicherheit generiert und die Attraktivität des Landes für inländische und ausländische Investoren deutlich verringert. Gleichzeitig werden staatliche Investitionen in wichtige mehrjährige Projekte – wie zum Beispiel im Bereich der Bildung oder Infrastruktur – unwahrscheinlicher, da die Regierung ihre Einnahmen langfristig schlecht schätzen kann. Beide Effekte führen zu einer schwächeren inländischen Wirtschaft, als es bei stabilen Exporteinnahmen möglich wäre.

Des Weiteren gehen die Ökonomen Prebisch und Singer langfristig von einer Verschlechterung der Terms of Trade – im weiteren Sinne der Handelsbedingungen – der rohstoffexportierenden Länder aus. Laut ihrer 1950 veröffentlichten These werden Gewinne aus dem internationalen Handel demzufolge mehr und mehr ungleich zwischen jenen Ländern, die hauptsächlich Primärprodukte exportieren, und jenen, die hauptsächlich Industriegüter exportieren, verteilt werden (vgl. Toye und Toye 2003). Die Gründe hierfür liegen erstens bei den unterschied-

Abb.1
Afrikas Abhängigkeit von Rohstoffexporten



Quelle: Brunnschweiler und Bulte (2008).

lichen Eigenschaften von Produkt- und Faktormärkten: Die auf den Produktmärkten nicht ungewöhnlichen Kostenzuschläge (Cost-plus-Pricing) und die strukturierte gewerkschaftliche Ordnung führen zu höheren Preisen für Industriegüter. Zweitens wirkt der technische Fortschritt in höherem Maße verstärkend auf die Nachfrage nach Industriegütern als auf die nach Primärprodukten. Und drittens ist das Potential zu Qualitätsverbesserungen bei Industrierzeugnissen deutlich höher. Durch bessere Qualität oder innovativeres Design schaffen die Unternehmen neue Bedürfnisse und erzielen höhere Preise – bei Rohstoffen ist das nicht möglich. Deren Preis sinkt deshalb relativ zum Preis von Industrierzeugnissen.

Institutionelle Faktoren

Eine gute Bildung der Bevölkerung ist nicht nur grundlegend für die Minderung von Armut, sie erhöht auch das politi-

sche Interesse und begünstigt dadurch Demokratie und Good Governance, steigert Effizienz und damit die Produktivität und verbessert die allgemeine Gesundheit sowie Chancengleichheit, um nur einige Aspekte zu nennen. Doch obwohl es die Erlöse aus den Rohstoffexporten den ressourcenreichen Ländern prinzipiell erlauben, umfangreich in Humankapital und Bildung zu investieren, werden Investitionen genau dieser Art meist vernachlässigt (vgl. Gylfason et al. 1999; Auty 2001). Das liegt zum einen daran, dass die Arbeit der Rohstoffförderung tendenziell kaum einer hohen Qualifikation bedarf; auf dem Arbeitsmarkt dominiert die Nachfrage nach geringqualifizierten Arbeitskräften, und es entsteht keine Dringlichkeit, in die Bildung des Landes zu investieren. Zum anderen verleihen die Ressourcenfunde und die Erlöse aus den Exporten dem Staat oft ein falsches Gefühl von Reichtum und Sicherheit, wodurch zuweilen die Notwendigkeit unterschätzt wird, eine langfristige Basis für zukünftigen Wohlstand zu schaffen.

Das Vorhandensein von Bodenschätzen birgt außerdem die Gefahr einer mangelhaften Regierungsqualität. Durch die Einnahmen der Rohstoffexporte scheint eine durchdachte Ordnungspolitik nicht mehr notwendig, und das schwächt den Wettbewerb um die beste Politik. Wenn die Regierung nicht mehr dem Markt unterliegt, wirtschaftet sie ineffizienter. Die Regierungen tendieren zu einer räuberischen Politik, übermäßiger Bürokratie und der Vernachlässigung von attraktiven Standortbedingungen für Investoren. Ein weiteres Problem ist, dass das Staatsoberhaupt mit Hilfe des Reichtums durch die Rohstoffexporte dafür sorgen kann, lange im Amt zu bleiben. Die finanziellen Mittel erlauben ihm nicht nur, horrenden Summen in den Wahlkampf zu investieren, sondern auch, sich die Gunst von Konkurrenten, Gegenrednern und Andersdenkenden zu erkaufen oder – sollte dies nicht gelingen – direkt repressiv gegen Oppositionelle vorzugehen (vgl. Isham et al. 2004). Ihm selbst wohlgesonnene Personen kann er in den relevanten Positionen einstellen. Eine höchst ineffiziente Verteilung der Erlöse aus den Rohstoffexporten, ein Anstieg der Staatsausgaben und die Bedrohung der Demokratie bzw. der Entwicklung einer solchen sind dann die Folge.

Problematisch ist auch, dass die Gelder aus den Exporten der Regierung solch einen umfangreichen finanziellen Spielraum verleihen, dass sie nicht darauf angewiesen ist, hohe Steuern einzutreiben. Niedrige oder keinerlei Steuern wirken

sich zwar grundsätzlich positiv auf das Wirtschaftswachstum aus, da so Investitionen und produktive Tätigkeiten eher lohnend sind. Gleichzeitig hat die Regierung aber ein geringeres Eigeninteresse an wirtschaftlicher Prosperität, welche schließlich die Steuereinnahmen maximiert. Die Fiskalpolitik wird deshalb weniger darauf ausgerichtet sein, ein institutionelles Umfeld zu schaffen, welches wirtschaftliches Wachstum begünstigt. Außerdem gehen Moore und Unsworth (2007) davon aus, dass sich zu geringe Abgaben der Bevölkerung negativ auf das politische Interesse und die Partizipation am politischen Geschehen auswirken.

Eine weitere Antwort auf die Frage, auf welche Weise das Vorkommen natürlicher Ressourcen einen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum eines Landes haben kann, liegt in den verstärkten Rent seeking-Aktivitäten. Denn durch die Erlöse, die weitgehend den Charakter leistungsloser Einkommen haben, entstehen für verschiedene Gruppen Anreize, sich Zugriff auf einen Teil dieser Erlöse zu verschaffen. Rent seeking in einer schwachen Form, wie ein moderater Lobbyismus, kann zwar auch produktiv sein und das bürgerliche Interesse an der Fiskalpolitik und der Redistribution von finanziellen Mitteln verkörpern. Oft handelt es sich jedoch um »directly unproductive Profit-seeking«, durch welches Gelder an konkurrierende Gruppen vergeudet werden, die dafür keinerlei produktive Leistung erbringen. Der wohlfahrtsmindernde Effekt ist dabei umso gravierender, je mächtiger und besser organisiert die Gruppen sind und je konzentrierter der Großteil der Macht auf wenige Gruppen ist (vgl. Lane und Tornell 1999). Auch bei Korruption handelt es sich um Rent seeking, und der Corruption Perception Index (CPI) beweist, dass auch diese in ressourcenreichen Ländern besonders häufig ist. Durch Korruption entstehen enorme Kosten, die langfristig das Wirtschaftswachstum ausbremsen und somit auf die Allgemeinheit zurückfallen. Besonders die agenteninitiierte Staatskorruption, wobei es sich um das illegale Pendant zum Bürokratie- oder Staatsversagen handelt, hebt produktive Wettbewerbsprozesse völlig aus (vgl. Leschke 2008).

Nicht zuletzt kann Ressourcenreichtum auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen führen oder zumindest begünstigen, wie in der Vergangenheit in Angola, Sierra Leone oder der Demokratischen Republik Kongo deutlich wurde. Die Rohstoffe liefern sowohl die Motive als auch die Mittel für Krieg und Gewalt. Ein vermindertes Wirtschaftswachstum ist dann zwar nicht unbedingt die gravierendste, doch aber eine relevante Folge.

Beispiel Simbabwe

Die Überprüfung der angeführten Erklärungsansätze auf ihre Gültigkeit liefert für ein Land wie Simbabwe kein einheitliches Bild. Tatsächlich ist die simbabwische Wirtschaft we-

nig diversifiziert, Investitionen in Humankapital und Bildung werden vernachlässigt, der Staat ist hochverschuldet. Präsident Mugabe hat sich über Jahrzehnte die Macht gesichert, Simbabwe ist wenig demokratisch, es herrscht Ungleichheit und Gewalt. Das Land erreichte bei dem CPI 2010 auf einer Skala von 0 (höchst korrupt) bis 10 (nicht korrupt) nur einen Wert von 2,4 und es ist davon auszugehen, dass Rent seeking im Allgemeinen verbreitet ist. All diese Symptome wirken sich laut der ökonomischen Theorie negativ auf das Wirtschaftswachstum aus, ebenso wie sie alle Folgen von Ressourcenreichtum sind – mögliche Folgen, keine zwingenden. Gerade dieser Rückschluss ist nicht erlaubt, denn jedes dieser Merkmale könnte ebenso die Folge einer miserablen und verantwortungslosen Regierungsführung sein – was in Simbabwe auch der Fall ist. Die natürlichen Ressourcen des Landes sind deshalb wohlmöglich nicht die alleinige Ursache für die extreme Armut und das geringe Wirtschaftswachstum, tragen aber sicherlich ihren Teil dazu bei.

Literatur

- Auty, R.M. (2001), *Resource Abundance and Economic Development*, Oxford University Press, Oxford.
- Brunnschweiler, Chr.N. und E.Bulte (2008), The resource curse revisited and revised: A tale of paradoxes and red herrings, <http://dx.doi.org/10.1016/j.jeem.2007.08.004>, *Journal of Environmental Economics and Management* 55(3), 248–264.
- Bulte, E.H. und R. Damania (2008), »Resources for Sale: Corruption, Democracy and the Natural Resource Curse«, *The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy* (8)1, <http://www.bepress.com/bejeap/vol8/iss1/art5>.
- Gylfason, T., T.T. Herbertsson und G. Zoega (1999), »A mixed blessing: Natural Resources and Economic Growth«, *Macroeconomic Dynamics* 3, 204–225.
- Isham, J., L. Pritchett, M. Woolcock und G. Busby (2004), »The Varieties of Resource Experience: How Natural Resource Export Structures Affect the Political Economy of Economic Growth«, Discussion Paper No. 03-08R, Middlebury College, Middlebury.
- Lane, P.R. und A. Tornell (1999), »The Voracity Effect«, *The American Economic Review* 89(1), 22–46.
- Leschke, M. (2008), *Ökonomik der Entwicklung*, Lehrbuchsammlung Wirtschaftswissenschaften.
- Moore, M. und S. Unsworth (2007), »How does Taxation Affect the Quality of Governance?« *IDS Policy Briefing* 34, http://209.85.129.132/search?q=cache:tbjVU5j5iYJ:www.ids.ac.uk/UserFiles/File/publications/classics/moore_24_1.pdf&cd=1&hl=en&ct=clnk.
- Stevens, P. (2003), *Resource Impact: Curse or Blessing? A literature survey*. Centre for Energy, Petroleum and Mineral Law and Policy, University of Dundee, Dundee 2003.
- Toye, J. und R. Toye (2003), »The Origins and Interpretation of the Prebisch-Singer Thesis«, *History of Political Economy* 35(3), 437–467.